

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: DM-Aufwertung - Rohstoffe -
Energiepolitik - Frankreich - Polen**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: DM-Aufwertung - Rohstoffe - Energiepolitik - Frankreich - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 10, pp. 487-488

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134997>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DM-Aufwertung

Unruheherd „Währungsschlange“

Neben den Dauerkrisen um Lira und Pfund Sterling ist nun auch die DM ins Gerede gekommen. Aufwertung – ja oder nein –, das ist wieder einmal die Frage. Den jüngsten Beitrag zu diesem Thema lieferte der Präsident des IWF, Witteveen. Er warf der Bundesrepublik noch vor der Jahrestagung des IWF in Manila vor, sie habe nicht genug zum Abbau der Ungleichgewichte zwischen Defizit- und Überschußländern getan. Das heißt im Klartext: Die DM muß aufgewertet werden, denn der IWF betrachtet Wechselkursänderungen als wichtigstes Anpassungsinstrument.

Für die DM stellt sich die Aufwertungsfrage allerdings nur in bezug auf die „Schlangenkörner“, da gegenüber den anderen Währungen eine Höherbewertung über den Markt bereits zugelassen wurde. Gegen die Auffassung des IWF sprach sich sehr schnell Staatssekretär Pöhl aus. Er vertrat damit die offizielle Haltung der Bundesregierung, für die es nach Meinung seines Ministers Apel überhaupt keine Veranlassung gibt, die Währungsrelationen innerhalb des Währungsverbundes zu verändern. Im Gegensatz dazu verlangt die Bundesbank sogar die Beseitigung der Schlange, die offenbar ihr Stabilitätsziel in Gefahr zu bringen droht.

Das Festhalten der Bundesregierung an unrealistischen Wechselkursrelationen läßt sich ökonomisch nur mit konjunkturpolitischen Überlegungen erklären. Das wäre noch verständlich. Der Verdacht liegt aber nahe, daß Paritätsänderungen noch immer oder schon wieder ein Politikum sind, an dem tunlichst nicht gerüttelt werden sollte. Unter diesem Vorzeichen kann der viel beschworene Stabilitätshort „Schlange“ nur zu einem Herd permanenter Unruhe werden. Für das Währungssystem, aber auch für Europa wäre es daher besser, die Schlange entweder ganz abzuschaffen oder aber die Kompetenz für Paritätsänderungen der Sachautorität der Bundesbank anzuvertrauen.

kb

Rohstoffe

Sicherung durch Entwicklungshilfe

Die Bemühungen Bonns, die Sicherung der bundesdeutschen Rohstoffversorgung im Rahmen einer koordinierten Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik zu betreiben, sind mit den jün-

sten Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und dem Bundeswirtschaftsministerium einen weiteren Schritt vorangekommen. Nachdem die Deutsche Entwicklungsgesellschaft im Rahmen ihrer Beteiligungspolitik dem Rohstoffsicherungsbereich bereits seit längerem verstärkte Bedeutung zumißt, soll nun auch die Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Bundesanstalt für Geo-Wissenschaften und Rohstoffe in eine konkrete Phase treten. Dabei geht es um die Kooperation der beiden Institutionen bei der Prospektion und Exploration von mineralischen Rohstoffen sowie die Unterstützung beim Aufbau von Gewinnungs- und Verarbeitungsindustrien in Entwicklungsländern durch Einsatz ihrer Experten.

Dieser Schritt macht deutlich, daß die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik zukünftig verstärkt an den rohstoffpolitischen Erfordernissen ausgerichtet werden soll. Ob damit zugleich auch die Konflikte zwischen außenwirtschaftlichen Maßnahmen im Rohstoffbereich und entwicklungspolitischen Zielen zunehmen, bleibt abzuwarten und hängt letztlich von der konkreten Auswahl der Projekte in den Entwicklungsländern ab.

Solange diesbezügliche Kompetenzen beim BMZ bleiben, kann gewährleistet werden, daß Kapitalhilfe und Technische Hilfe für Rohstoffzwecke nur dann eingesetzt werden, wenn damit auch der wirtschaftlichen Entwicklung des Empfängerlandes gedient ist. Nur dann kann auch eine Schwerpunktverschiebung in der regionalen Verteilung der deutschen Entwicklungshilfe verhindert werden, die insbesondere die Entwicklungsländer benachteiligen würde, die nicht über nennenswerte Rohstoffvorkommen verfügen.

gr

Energiepolitik

Öl ohne Multinationale?

Nachdem jahrelang nur über die Multinationalen geredet wurde, sollen jetzt die ersten Taten folgen: Schon bald dürfen die internationalen Ölkonzerne in Europa nicht mehr machen, was sie wollen. So wünschen es sich jedenfalls die Veba, der größte deutsche Energiekonzern, und vier weitere europäische Mineralölgesellschaften in ihrem Memorandum an die EG-Kommission.

Mangelnde Kapazitätsauslastung, strukturelle Nachfrageverschiebungen und Billigangebote machen den Fünf das Leben schwer. Die Multinationalen haben es da besser: Sie können dank ihrer weltweiten Organisation regional unter-

schiedliche Marktchancen nutzen, mit Hilfe von Verrechnungspreisen Gewinne dort anfallen lassen, wo es steuerlich am günstigsten ist, und auch nach dem Verlust der eigenen Ölquellen das Rohöl immer noch billiger einkaufen als die vergleichsweise kleinen europäischen Firmen. Wenn die nationalen Ölkonzerne nicht irgendwann aus dem Markt verdrängt werden sollen, muß ihre Position gestärkt werden. Die Therapie haben sie schon parat: Importbeschränkungen für Fertigprodukte aus Drittländern und die Festsetzung kostendeckender, also höherer Preise.

Ob dies der richtige Weg ist, muß allerdings bezweifelt werden. Denn staatlicher Einfluß in einem für die Volkswirtschaft so zentralen Bereich wie der Energieversorgung ist zwar unerlässlich, und dazu gehört auch die Förderung eines nationalen Gegengewichts zu den multinationalen Ölkonzernen. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß das Ziel der Energiepolitik immer noch zuallererst ist, eine billige und sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Dieses Ziel wird nicht dadurch zu erreichen sein, daß man in Europa einen geschützten Markt mit festgesetzten Preisen schafft. Es wäre der weiteren Diskussion dienlich, wenn über der Behandlung der schwierigen Lage der Mineralölwirtschaft die Ziele der Energiepolitik nicht aus den Augen verloren werden. ma

Frankreich

Auf Sand gebaut

Das von der neuen französischen Regierung in Eile vorbereitete Wirtschaftsprogramm ist Ende September verkündet worden. Sein Kernstück bildet das Paket zur Bekämpfung der Inflation. Eine Senkung der Teuerungsrate, die für die private Lebenshaltung trotz günstiger Produktivitätsentwicklung immer noch nahezu zweistellig ist, auf 6,5 % im nächsten Jahr soll zugleich eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanzlage verhindern.

Die beschlossenen Maßnahmen sind für französische Verhältnisse recht konventionell ausgefallen. So kommen „klassische“ globalsteuernde Maßnahmen zum Einsatz. Auf monetärem Gebiet ist eine Verminderung der Geldmengenexpansion sowie eine Erhöhung der Zinssätze beschlossen. Finanzpolitisch wird im nächsten Jahr wieder ein ausgeglichener Haushalt angestrebt. Auch aus diesem Grunde sind auf der Einnahmenseite zahlreiche, allerdings zum Teil in ihrer Wirkung sich aufhebende Maßnahmen vorgesehen. Um rasch sichtbare Stabilisierungserfolge zu erzielen, ist darüber hinaus ein weitgehender Preisstopp bis zum Jahresende verfügt.

Mit dem in seiner Gesamtwirkung schwer zu überschauenden Programm ist jedoch eine auch von der Regierung als entscheidend angesehene Voraussetzung nicht erreicht worden, nämlich die Herstellung eines sozialen Konsenses. Das Programm hat weder bei den Unternehmern noch bei den Gewerkschaften Beifall gefunden. Während das Patronat die zu geringen Investitionsanreize kritisiert, hatten die Gewerkschaften nicht nur einen Verzicht auf eine Steigerung der Reallöhne abgelehnt, sondern darüber hinaus für den 7. Oktober den Generalstreik ausgerufen, z. T. mit der Begründung, das Programm beseitige nicht die Widersprüche des Kapitalismus. Unter solchen Umständen aber ist jede marktwirtschaftlich orientierte Stabilisierungspolitik auf Sand gebaut. wt

Polen

Neuer Schwerpunkt

Angesichts der sich ständig verschlechternden Nahrungsmittelversorgung in Polen entschloß sich die Führung, neue Maßnahmen zur Überwindung der Krise zu ergreifen. Partei und Regierung erklärten sowohl den Landwirtschaftssektor als auch die Lebensmittelindustrie zu neuen Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik und stellten spezielle ad-hoc-Programme auf.

Die jetzige Lage ist die Folge der sehr ungünstigen landwirtschaftlichen Produktionsergebnisse der Jahre 1974–1976. In diesem Zeitraum wurden – so Ministerpräsident Jaroszewicz – zwischen 7 und 8 % weniger produziert als erwartet. Wie dem Regierungsprogramm zu entnehmen ist, sucht Jaroszewicz nun vor allem in vermehrten Importen aus anderen RGW-Staaten, aber auch in gesteigerten Investitionen im Bereich landwirtschaftlicher Anlagen sowie zur Wiederaufstockung der Viehbestände den Ausweg aus der Krise. Doch auch die „Bruderhilfe“ ist nicht problemlos: zum einen ist auch bei vielen Partnern kein außergewöhnlich günstiges Produktionsergebnis zu verzeichnen, zum anderen wäre eine Neuabstimmung der Pläne vonnöten.

Insgesamt ist festzustellen, daß ein großer Teil der vorgesehenen Maßnahmen kurzfristig überhaupt keine Wirkung zeigen wird; die Polen werden also noch eine Weile mit der Versorgungskrise leben müssen. Der Versuch, das Problem ausschließlich von der Angebotsseite her in den Griff zu bekommen, mag den westlichen Betrachter nicht weiter verwundern, denn erst jüngst hatte das Plenum des Zentralkomitees die Anpassung der Preise an die realen Kosten- und Nachfrageverhältnisse vorläufig zu den Akten gelegt.

iwe